

## NACHRICHTEN

### Union will Kassen zur Behandlung von Pädophilen verpflichten

Berlin. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will Krankenkassen dazu verpflichten, anonyme Therapiestellen für Pädophile aufzubauen und deren Therapie zu bezahlen. Das geht aus einem Positionspapier der Arbeitsgruppe Gesundheit hervor. Pro Jahr würden fünf bis acht Millionen Euro für etwa 20 Anlaufstellen in Deutschland benötigt, heißt es darin. Die privaten Versicherungen sollen sich mit einem freiwilligen Beitrag an der Finanzierung beteiligen. Mit ihrem Vorschlag kommt die Union einer langjährigen Forderung des Präventionsnetzwerks »Kein Täter werden« nach, das von der Berliner Charité aus koordiniert wird und dort seinen wichtigsten Standort hat. Anonyme Gruppen- und Einzeltherapien werden aus Fördergeldern der Länder und des Bundes finanziert. *Agenturen/nd*

### Ramelow will Bund bei Kalkanisierung beteiligen

Erfurt. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) will den Bund an den Sanierungskosten für DDR-Kalibergwerke beteiligen. Millionenzahlungen über Jahrzehnte für Umweltschäden durch den DDR-Bergbau könnten nicht allein von einem Bundesland getragen werden, sagte Ramelow am Dienstag. Er reagierte auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Meiningen, nach dem Thüringen weiterhin die Sanierungskosten für die stillgelegten Kalibrunnen Springen und Merskers an den Dax-Konzern K+S AG (Kassel) zahlen muss. Thüringen hat bisher rund 400 Millionen Euro überwiesen. Nach K+-Prognosen kostet die weitere Sanierung etwa 300 Millionen Euro. *dpa/nd*

### Krankenkassen verstoßen gegen Mindestlohn

Berlin. Der CDU-Sozialflügel und die Gewerkschaft ver.di werfen großen gesetzlichen Krankenkassen vor, bei Haushaltshilfen gegen das Mindestlohngesetz zu verstoßen. Der Branchenführer Techniker Krankenkasse etwa erstatte seinen Versicherten für ihre Hilfen 5,25 Euro pro Stunde statt den Mindestlohn von 8,50 Euro. Ein Sprecher der Kasse bestätigte am Dienstag einen entsprechenden Bericht des »Handelsblattes«. Versicherte organisieren sich diese Haushaltshilfen privat, wenn sie sich etwa nach einem Klinikaufenthalt nicht selbst versorgen können. *dpa/nd*

### Keine Tatverdächtigen nach Karnevalsabsage

Braunschweig. Nach der Absage des Karnevalsunzugs in Braunschweig wegen Hinweisen auf einen möglichen Terroranschlag am Sonntag haben die Ermittler noch keinen Tatverdächtigen. »Wir ermitteln weiter gegen Unbekannt«, sagte am Dienstag die Sprecherin der zuständigen Staatsanwaltschaft Hannover, Kathrin Söfker. Die Fahnder schweigen bisher dazu, von wem der Tipp kam. *dpa/nd*

# Bildungselite unter sich

## Studie untersucht die soziale Herkunft von Universitätsprofessoren

Für Professorenkinder kann sich die Herkunft lohnen. Lehrstuhlinhaber rekrutieren sich nämlich häufig aus einem akademischen Elternhaus. So die Ergebnisse einer jetzt erschienenen Studie von **Christina Möller** von der Universität Paderborn. Befragt wurden dabei 1340 Hochschullehrer an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen. **Rudolf Stumberger** sprach mit der Autorin über soziale Aufstiegschancen an der Universität.

Foto: privat



### Wenn man Professor oder Professorin werden will, mit welchem Elternhaus hat man die besten Chancen?

Wie ich anhand meiner Daten aufzeigen konnte, stammen heute über 60 Prozent der neu berufenen Professorinnen und Professoren aus einem akademischen Elternhaus. Daher sind die Chancen, eine Professur zu erreichen, also umso größer, wenn Sie aus einem Elternhaus kommen, in dem zumindest ein Elternteil bereits eine Hochschule besucht hat. Der Anteil an sozialen Aufsteigern aus niedrigeren Sozialschichten, etwa aus Arbeiterschichten, ist in den vergangenen Jahrzehnten zurückgegangen, so dass sich eine soziale Schließung der Universitätsprofessur vollzogen hat.

### Gibt es einen Unterschied zwischen Geistes- sowie Sozialwissenschaften und zum Beispiel Jura oder Medizin?

Ja, einen deutlichen Unterschied. Während in den Rechtswissenschaften und in der Medizin kaum soziale Aufsteiger eine Professur bekleiden, sieht das in den Sozialwissenschaften ganz anders aus. Besonders in den Erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Fächern stammen sehr viel mehr Professorinnen und Professoren aus niedrigeren und mittleren Sozialschichten, haben also einen sozialen Aufstieg machen können. Die geisteswissenschaftlichen Fächer liegen eher dazwischen, sozusagen im Mittelfeld der sozialen Hierarchie. Wie ich ermitteln konnte, hängen Herkunft und Geschlecht eng miteinander zusammen. So erweisen sich die Professuren in den Rechtswissenschaften und auch in der Medizin nicht nur besonders verschlossen gegenüber sozialen Aufsteigern, sondern auch gegenüber Frauen – und das, obwohl unter den Studierenden

die Frauen schon längere Zeit ungefähr die Hälfte ausmachen.

### Wie zeichnet sich die Juniorprofessur hinsichtlich sozialer Herkunft aus?

Die Juniorprofessur ist meinen Daten zufolge die weitaus sozial geschlossene Statusgruppe unter den Professuren – und das, obwohl sie auf sechs Jahre befristet ist und daher eine Zwischenposition zwischen Promotion und Lebenszeitprofessur darstellt. Die Juniorprofessur wurde erst 2002 in NRW eingerichtet und soll langfristig die Habilitation auf dem Weg zur Professur ersetzen. Soziale Aufsteiger aus niedrigeren und mittleren Sozialschichten sind dabei absolute Ausnahmen, es dominieren Nachkommen aus den höchsten Herkunftsgруппen, die akademisch geprägt sind.

### Warum ist das so?

Ich erkläre mir das damit, dass Personen aus sozioökonomisch privilegierten Elternhäusern eine stärkere Passung zum Bildungs- und Hochschulsystem mitbringen, das heißt sie zeichnen sich durch eine größere Nähe zu den Anforderungen und Gepflogenheiten auf den höheren Bildungs- und Qualifizierungsstufen aus und haben es daher leichter, sich strategisch früh gut zu positionieren und mit frühen Erfolgen auf sich aufmerksam zu machen. Da die Juniorprofessur häufig direkt nach der Promotion besetzt wird, scheint es für den Nachwuchs der akademischen Schichten leichter zu sein, sich schnell einen Namen und daher Anerkennung zu verschaffen.

### Zusammengefasst: Wie groß ist der Einfluss der sozialen Herkunft bei der Vergabe von Professuren?

Man kann insgesamt sagen, dass die soziale Herkunft eine große Rolle

spielt. Denn es geschehen bereits im frühen Bildungssystem an allen Übergangsstellen soziale Selektionen nach Herkunft. Das heißt, je höher die soziale Schicht, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, ein Studium zu beginnen und anschließend eine Promotion zu verfolgen.

### Es herrscht doch angeblich Chancengleichheit? Oder etwa nicht?

Wir leben zwar in einer meritokratischen Gesellschaft (Leistungsgesellschaft), in der das Ideal herrscht, dass jeder mit eigener Anstrengung unabhängig von sozialen Dimensionen wie Herkunft oder Geschlecht hohe Bildungsabschlüsse und hohe gesellschaftliche Positionen erreichen kann. Faktisch aber zeigt sich, dass die soziale Herkunft schon in frühem Alter bestimmte Laufbahnen wahrscheinlich oder unwahrscheinlich macht.

### Wie erklären Sie sich das?

Dies hängt viel mit dem Anreizepotenzial und den habituellen Prägungen im Elternhaus zusammen und der damit zusammenhängenden Nähe oder Distanz zu hoher Bildung, aber auch mit systematischen Diskriminierungen im Bildungssystem. Es gibt genügend empirische Studien, die belegen, dass etwa Arbeiter- und Migrantenkinder bei gleichen Noten sehr viel seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder aus einem sozioökonomisch privilegierten Elternhaus. Soziale Selektionen ziehen sich praktisch durch alle Übergangsstellen einschließlich beim Übergang zur Promotion, die sie weitaus selektivste Bildungsstufe ist.

### Wird der Tatsache der sozialen Auslese im universitären Betrieb irgendwie Rechnung getragen, ist man sich dessen bewusst?

Nein, bisher fokussiert sich alles auf die Geschlechterthematik, zumindest auf der Ebene der wissenschaftlichen Karrieren. Institutionell gesehen gibt es zwar Bestrebungen, die die Vielfalt an Universitäten stärker in den Blick nehmen, jedoch bleiben diese Perspektiven häufig auf die Studierenden beschränkt und auf das wichtige Thema der Migration. Ich hoffe, dass das Thema der Chancengleichheit in wissenschaftlichen Karrieren bald auch die soziale Herkunft und den Aspekt von Migrationshintergründen einbezieht.

# Mehr Einfluss aus der Wirtschaft

## »Hochschulwatch.de« fordert klare Regeln für Sponsoring in der Wissenschaft

Seit zwei Jahren wertet die Internetseite »Hochschulwatch.de« den Einfluss der Wirtschaft auf Universitäten aus. Anlässlich der Überarbeitung der Seite wurde Bilanz gezogen.

Von Guido Speckmann

Eine Unterordnung der Forschungsfreiheit unter die Verwertungsinteressen der Wirtschaft befürchteten vor wenigen Jahren die Betreiber der Seite »Hochschulwatch.de«. Ihre Sorge hat sich bestätigt. Anlässlich der Vorstellung der mit verfeinerten Suchfunktionen ausgestatteten neuen Homepage wurde am Dienstag in Berlin Bilanz gezogen. Mehr als 1,3 Milliarden Euro fließen aus der gewerblichen Wirtschaft jedes Jahr an deutsche Hochschulen. Vor zehn Jahren war es noch rund die Hälfte.

Ebenso verdoppelt hat sich die Anzahl der Stiftungsprofessuren (900) – allerdings in nur fünf Jahren. Anna Lehmann, »taz«-Bildungsredakteurin, sagt: »Für Unternehmen sind sie

ein beliebtes Mittel, um Einfluss zu nehmen, auf welchen Gebieten geforscht wird.« Überdies, so Edda Müller, Vorsitzende von Transparency International Deutschland, seien das Sponsoring von Hörsälen, die Vergabe von Stipendien, das Anbieten von Praktikumsplätzen oder Sachspenden Möglichkeiten großer Konzerne, Einfluss auf die Hochschulen zu nehmen. Ihre Organisation, die »taz« sowie der »freie Zusammenschluss von studentinnenschaften« pflegen die Seite »Hochschulwatch.de«.

Von nun an kann auf dieser nachgesehen werden, welche Unternehmen an welchen Hochschulen Veranstaltungen mitfinanzieren, Drittmittel zur Verfügung stellen, Stipendien vergeben oder Stiftungsprofessuren unterhalten. Die Daten wurden von einem Rechercheamt aus frei zugänglichen Informationen zusammengetragen oder erfragt, die Quellen werden angegeben. »Hochschulwatch.de« dokumentiert auf diese Weise mehr als 10 000 Verbindungen zwischen gewerblicher Wirtschaft und

Hochschulen. Angesichts dieser Entwicklung fordert Müller eine Veröffentlichungspflicht aller Kooperationsverträge zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie regelmäßige Sponsoringberichte aller Hochschulen. Bislang werde dies nur in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Bremen und Hamburg diskutiert.

ANZEIGE

### Lesung & Buchvorstellung

**JAN KORTE:  
GEH DOCH RÜBER**

► Mittwoch, 18. Februar · 18 Uhr  
mit **Torsten Koplin (MdL)** im  
**Brigitte-Reimann-Literaturhaus**  
Gartenstraße 6, 17033 Neubrandenburg

Das Buch erhalten Sie für 9,90 € zzgl. 2 € Versand im nd-Shop:  
Tel.: (030) 29 78 – 17 77, Fax: (030) 29 78 – 16 50, E-Mail: shop@nd-online.de

